



FRAUENGRUPPE BEIM INNENMINISTER

AUDIT Beruf und Familie – Wege aus der Doppelbelastung

DP: Herr Innenminister Bruch, immer mehr Frauen werden in den Polizeidienst eingestellt, allerdings entstehen dadurch auch Personalausfälle aufgrund von Schwangerschaften und Erziehungszeiten für Kinder. Dieser Trend wird wohl in der Zukunft

dazu, sich konsequent mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu befassen. Das Audit „Beruf und Familie“ ist hierzu eine hervorragende Möglichkeit. Der „Startschuss“ zum Audit ist bereits gefallen. Sowohl das Ministerium als auch

Wirtschaft oder anderen Behörden der öffentlichen Verwaltung. Das Audit bietet den Vorteil, speziell auf die Polizei zugeschnittene Lösungen zu erarbeiten. Wichtig ist dabei, dass zunächst ein „Status Quo“ der Familienfreundlichkeit erhoben wird.



Im Rahmen ihrer „Amtsübergabe“ führten die ehemalige Landesfrauenvorsitzende Tina Horn (rechts im Bild), die frisch gebackene Vorsitzende Stefanie Krahorst sowie der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach das Gespräch mit Minister Karl Peter Bruch (links im Bild). Als Vertreter der Polizeiabteilung war Herr Philipp Römer in das Gespräch eingebunden.

Hintergrund: Die GdP-Frauengruppe führte im März 2005 eine Umfrage bei den GdP-Frauen durch, die sich in Mutterschutz/Elternzeit oder Teilzeit befanden. Im Ergebnis berichteten die Frauen, dass sie sich oft aus dem Team ausgegrenzt fühlten. Ein dienstliches Weiterkommen oder die Übernahme von Führungsfunktionen sei nahezu unmöglich.

Zudem führen die immer größer werdenden Personallücken, die aufgrund von Kindererziehungszeiten entstehen, zu starken Belastungen meist in den operativen Einheiten. Prognostiziert werden bis zu 300 Fehlstellen für die nächsten Jahre.

Eine Chance, den Polizeiberuf mit familiären Bedürfnissen besser verbinden zu können, bietet das „Audit Beruf und Familie“.

weiter ansteigend sein. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu treffen, um dem entgegenzuwirken?

Bruch: Ich denke, dass es wichtig ist, dass der Frauenanteil in der Polizei weiter ausgebaut wird. Frauen müssen sich auch und mehr in den polizeilichen Führungsfunktionen wiederfinden. Allerdings zwingt dieser Prozess

der gesamte Bereich der Polizei soll hier einbezogen sein.

DP: Welche Vorteile sehen Sie in einem Auditierungsverfahren für die rheinland-pfälzische Polizei?

Bruch: Ein wesentlicher Vorteil ist, dass das Projekt durch eine professionelle Stiftung begleitet wird. Die Polizei ist nicht vergleichbar mit Unternehmen der freien

Durch moderne Arbeitszeit- und Schichtmodelle wurde hier bereits einiges erreicht. Allerdings sind sicherlich noch weitere Ausbaumöglichkeiten für ein familienfreundliches Klima gegeben. Einen solchen weiteren Schritt der Fami-

Fortsetzung auf Seite 2

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **AUDIT**
Seiten 1 und 2

■ **ABFINDUNG**
Seite 2

■ **GESPRÄCH MIT DER FDP**
Seite 3

■ **VIDEO**
Seite 4

■ **ZIELVEREINBARUNGEN**
Seite 5

■ **NPD-WEIHNACHT**
Seite 8

■ **AUS DEN KREISGRUPPEN**
Seite 8

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Fortsetzung von Seite 1

lienfreundlichkeit hat die Polizei erst kürzlich eingeführt, indem das Ministerium einen Vertrag zur „Kinder-Notfallbetreuung“ für den Bereich Mainz abgeschlossen hat. Kinder können dort in Betreuungssituationen aufgenommen werden.

DP: Wie funktioniert so ein Audit, d. h. wie wird es umgesetzt und wann kann man mit den ersten Umsetzungen von Audit-Maßnahmen rechnen.

Bruch: Das Audit gliedert sich in verschiedene Phasen. Zunächst wird in einem Strategieworkshop eine repräsentative Projektgruppe zusammengestellt, die dann in Zukunft die Hauptarbeit leistet. Dann folgt ein Auditierungsworkshop, in dem die Ziele und Maßnahmen erarbeitet werden. Es wird versucht Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden Probleme zu finden, die sich z. B. in den Bereichen Arbeitszeit, Arbeitsort, Führungskompetenz oder Informations- und Kommunikationspolitik ergeben. Nach einer Erhe-

bung des Ist-Zustands soll der Soll-Zustand festgelegt werden.

Nach einer Auswertung erfolgt die Formulierung der Ziele, welche dann schriftlich festgelegt und innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden.

Das Unternehmen wird schließlich zur Grundzertifizierung vorgeschlagen. Wichtig ist dabei, dass sich die Behörde in einem stetig weiterlaufenden Prozess befindet. Nach drei Jahren erfolgt eine Überprüfung, ob und inwieweit die gesteckten Ziele erreicht wurden. Die Entscheidungen über die Zertifizierungen trifft ein unabhängiger Audit-Rat, in dem u. a. Vertreter des Bundesfamilienministeriums, des deutschen Industrie- und Handelskammertages und Journalisten und Wissenschaftler vertreten sind.

DP: Das Audit bietet tatsächlich gute Chancen, die Integration von Beruf und Familie zu

verbessern. Allerdings fängt die Benachteiligung oft in den Köpfen von Vorgesetzten und Kollegen an ...

Bruch: Das Audit kann und soll auch eine Möglichkeit sein, auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen, die eben vorwiegend noch Frauen haben, wenn sie versuchen, Polizei und Kinder unter einen Hut zu bringen.

Das fängt z. B. bei den Beurteilungen zu Beförderungen an. Wir wollen da genau hinschauen und das in der nächsten Beurteilungsrunde beobachten. Die neue Beurteilungsrichtlinie zwingt Vorgesetzte sogar dazu, auf „geschlechterspezifische Unterschiede“ zu achten. Ich werde eine Benachteiligung von Frauen im Zusammenhang mit der Erstellung von Beurteilungen oder auch allgemein im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen nicht hinnehmen und z. B. auch regelmäßig

prüfen lassen, ob es signifikante Abweichungen zwischen tendenziell guten Ausbildungsnoten und anschließenden Beurteilungen gibt.

Darüber hinaus liegt mir viel an einer Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen in Führungspositionen, besonders für den höheren Dienst. Hier kann viel über ein entsprechendes Mentoring-Programm erreicht werden.

TARIF

Abfindung nach Altersteilzeit

Abfindung nach Altersteilzeit bei Renteneintritt mit geminderter Altersrente aus der Rentenversicherung.

§ 5 Abs. 7 Tarifvertrag Altersteilzeit sieht einen Anspruch auf eine Abfindung für den Fall vor, dass bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente Rentenabschläge hingenommen werden müssen. Für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbezuges ergibt sich ein Abschlag von 0,3 v. H. Bei einem maximalen vorzeitigen Rentenbezug von 60 Monaten kann sich ein Abschlag von 18% ergeben. Umgerechnet entsteht in diesem Fall eine Abfindung in Höhe von maximal drei Monatsgehältern (Stafelung je nach Abschlagshöhe). Entscheidend für einen Abfindungsanspruch sind die Abschläge bei der Altersrente in der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Abfindungen sind

steuer- und sozialversicherungs-

frei. Bemessungsgrundlage für die Abfindung ist das Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers, das ihm im letzten Monat vor dem Ende des Altersteilzeitarbeitsverhältnisses zugestanden hätte, wenn er mit der bisherigen Arbeitszeit gearbeitet hätte. Die Zahlung einer Abfindung führt nicht zum Ruhen bei der Betriebsrente aus der Zusatzversorgung, da es sich um eine tarifvertraglich zugesicherte Leistung handelt, die weder zweckbestimmt noch zweckgebunden zur Alterssicherung gezahlt wird. Sie ist zudem kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt.

Vorsorglich sollte der auscheidende Arbeitnehmer nach Vorliegen des Rentenbescheides, aus dem die Höhe der Abschläge hervorgeht, bei der OFD diese Abfindung beantragen.

Katharina Steiner



Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31 – 9 60 09 31



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

GdP IM GESPRÄCH

Gespräch mit MdL Hohn (FDP)

Die GdP-Wahlprüfsteine, die allen im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Fraktionen übersendet wurden, waren inhaltliche Schwerpunkte eines Gesprächs bei der FDP-Fraktion. Im Gespräch verdeutlichten Bernd Becker und Helmut Knerr, stellvertretende Landesvorsitzende, die GdP-Positionen zu den Themen Personalentwicklung, Lebensarbeitszeit, zweigeteilte Laufbahn, Ausbildungsreform, Organisation und Technik im Polizeibereich.

Interessant waren die Aussagen von MdL Hohn, dass man die Personalentwicklungen der nächsten Jahre sehr aufmerksam in der FDP begleiten will. Vor dem Hintergrund der gesamtpolitischen Entwicklung und speziell der finanzpolitischen Überle-



V. l. n. r.: MdL Kuhn, FDP-Fraktionsvorsitzender, Dr. Hauck, Wissenschaftlicher Mitarbeiter FDP-Landesfraktion, MdL Hohn, Helmut Knerr und Bernd Becker, GdP-Landesvorstand

gungen erscheint es für die FDP ganz wichtig, Schwerpunkte in den kommenden Haushalten für die Polizei und deren personeller Entwicklung zu setzen. Zurückhaltung übt man dagegen zu Evaluierungsgedanken zum § 208 LBG. Eine frühere Betrachtung als im Jahr 2008 möchte die FDP, hier ist man mit dem Koalitionspartner einig, nicht einleiten.

Positiv sieht die FDP-Fraktion dagegen die Ausbildungsreform bei der Polizei. An der zweigeteilten Laufbahn und den weiteren notwendigen Prozessen möchte die FDP festhalten. Ausdrücklicher Wunsch der FDP-Landtagsfraktion ist es, die Gespräche mit dem GdP-Landesvorstand auch nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2006 fortzuführen. **HK**

SCHUTZWESTEN

Europaweite Ausschreibung

Auf Initiative von Kollege Heinz-Werner Gabler aus dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP hatte der Hauptpersonalrat Polizei dem Innenministerium den Vorschlag unterbreitet, eine Ausschreibung auf Änderung beim Trageversuch und auf eine alternative Ausschreibung von Überziehschutzwesten vorzunehmen.

Das ISM legte nach Rücksprache mit der Zentralstelle für Polizeitechnik fest, dass 15 Personen, davon sechs Polizeibeamtinnen, aus verschiedenen Einsatzbereichen für den Trageversuch vorgesehen sind. Die geschlechtsspezifische Verteilung orientiert sich an dem Anteil der Frauen bei den Neueinstellungen von derzeit rund einem Drittel und dem Anteil von 1000 Polizeibeamtinnen im Dienst. Die sechs Polizeibeamtinnen sollen zwei unterschiedliche Westenmodelle (jeweils drei Westen mit und ohne

Brustausformung) testen. Der beabsichtigte Trageversuch berücksichtigt insofern die verschiedenen Einsatzbereiche der Bedarfsträger, die geschlechtsspezifische Verteilung und besondere anatomische Aspekte. Im Dezember 2005 informierte das ISM die Behörden und Einrichtungen zum aktuellen Sachstand der Ausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei mit ballistischen Schutzwesten und der europaweiten Ausschreibung zum Austausch mit Zylon-Schutzwesten.

Nach Festlegung des Prüfverfahrens für die weitere Qualitätssicherung und Beteiligung des Hauptpersonalrates Polizei wurden die Ausschreibungsunterlagen zur Beschaffung von 4195 ballistischen Unterziehschutzwesten im November 2005 im europäischen Amtsblatt veröffentlicht. Die Aufgebotsfrist endet Anfang Januar 2006. Nach einem

sechswöchigen Trageversuch soll Ende April 2006 der Zuschlag an einen Anbieter erfolgen. Abhängig vom Ausschreibungsergebnis soll noch vor der Fußballweltmeisterschaft 2006 eine Vermessungsaktion für die erste von voraussichtlich drei Kontingentlieferungen stattfinden. Der sukzessive Austausch der Zylon-Schutzwesten der Fa. Second Chance kann dann nach der WM beginnen und soll etwa bis Mitte 2007 abgeschlossen sein. Die Zentralstelle für Polizeitechnik wird anlassbezogen die Polizeibehörden und -einrichtungen informieren und wird die Abwicklung dieser Beschaffungsmaßnahme koordinieren. Das Innenministerium prüfte auch, ob etwa eine alternative Ausschreibung von Überziehschutzwesten möglich ist. Laut ISM ist eine alternative Ausschreibung von Überziehschutzwesten nach vergaberechtlicher Prüfung durch die ZPT

unzulässig, wenn diese nicht der Beschaffung einer bestimmten Leistung, sondern der Markterkundung oder einer Wirtschaftlichkeitsberechnung dient. Bleibt zu hoffen, dass der durch das Innenministerium aufgezeigte Fahrplan eingehalten werden kann und es nicht zu zeitlichen Verzögerungen oder anderen Problemstellungen kommt. **HK**

HK

Anzeige

Urlaubsreif?
Günstiger verreisen mit
PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH
01801 PSW Reisen*
oder
0 61 31 – 9 60 09 23
*zum Ortstarif

Karl Kauf hat Recht behalten

Seit dem Jahr 2000 beschäftigt sich der Hauptpersonalrat (HPRP) mit der Dienstanweisung „**Videodokumentation von Anhalte- und Kontrollvorgängen im Rahmen des Funkstreifen dienstes**“. Von fast allen Kolleginnen und Kollegen zunächst als Beitrag zur Verbesserung der Eigensicherung begrüßt, äußerte der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Westpfalz Karl Kauf bereits im September 2000 Bedenken, was am Ende bei dem Projekt herauskommen könnte: Die Diskussionen über die Ausstattung der Fahrzeuge „*könnten darauf schließen lassen, dass mit der Deklaration ‚Verbesserung der Eigensicherung‘ eigentlich ‚Verbesserung der Dienstaufsicht‘ gemeint ist.*“ Leider sollte Kollege Karl Kauf Recht behalten.

Gestützt von allen Personalräten, die sich zu dem Thema in der Anhörung gegenüber dem HPRP äußerten, und fortlaufenden Beschlüssen des HPRP lehnte das Gremium die Dienstanweisung (DA) ab – das Ministerium richtete daraufhin die Einigungsstelle ein. Diese kam unter dem Vorsitz eines unabhängigen Richters zu dem Schluss, dass das Begehren des ISM rechtens sei und empfiehlt dem Minister, die DA in Kraft zu setzen.

Der Letztentscheid liegt beim Minister.

Mit vier Hauptanliegen konnten die Personalvertretungen nicht durchdringen:

1. Die Technik böte die Möglichkeit, die Videosequenzen im Streifenwagen zu betrachten. Man könnte also unter Aspekten der Eigensicherung die Sequenz unmittelbar prüfen oder auch Verkehrsteilnehmern die Aufnahme vorführen, wenn Fehlverhalten aufgezeichnet wurde. Das ISM lehnt die Änderungen an der Anlage als zu teuer ab.

2. Die Techniker haben die Videosequenzen verschlüsselt. Falls es zu einem Angriff auf Polizeibeamte kommt und das Video zu Fahndungszwecken unmittelbar gebraucht würde, wird dies durch die Verschlüsselung

unmöglich gemacht. Man stelle sich also vor: Eine Streife wird nach einem aufgezeichneten Anhaltevorgang in einem Waldgebiet angegriffen und die Kolle-



Videoaufzeichnung aus dem FuStw

Foto: Hilmer

gen lassen ihr Leben. Die entsandte zweite Streife entdeckt den Tatort und sichert diesen ab. Eine weitere Streife holt den Schlüssel von der Inspektion, bringt diesen zum Tatort. Dort wird der Chip aus dem Aufzeichnungsgerät entnommen. Der Chip wird zur Inspektion gebracht, dort in ein gesondert zu kaufendes (!) Auswertegerät eingeschoben und dann, erst dann, darf man mit ersten Fahndungshinweisen aus dem Video rechnen. Der HPRP findet das zu umständlich und für den Zweck „Eigensicherung“ kontraproduktiv.

3. Die wichtigste Chance zur Verbesserung der Eigensicherung liegt ohne Zweifel im gemeinsamen, kritischen Betrachten der Videosequenzen. Zunächst mit dem Streifenpartner, in geeigneten Fällen sicherlich auch in der Schicht und darüber hinaus bei guten, lehrreichen Aufnahmen auch anonymisiert für allgemeine Schulungszwecke. Leider ließ sich das Ministerium nicht davon abbringen, den Vorgesetzten den zwangsweisen Zugriff auf die Videos zu gestatten. Vielmehr sei es „im Sinne der Fürsorge“ geradezu die Pflicht der Vorgesetzten, Einsatznachbereitungen zu

initiiert und durchzuführen. Der HPRP wollte vor der Einsichtnahme in die Videos durch Vorgesetzte das Einverständnis der aufgezeichneten KollegInnen set-

zen. Der HPRP befürchtet, dass die Technik am Ende wegen der Befürchtungen der KollegInnen ungenutzt bleiben wird.

4. Eine Löschtaste für aufgezeichnete Videos wird es entgegen dem Antrag des HPRP ebenfalls nicht geben. Vor fünf Jahren argumentierten die Datenschützer und der HPRP noch gemeinsam, dass die Daten unmittelbar zu löschen sind, wenn es keine weitere Rechtsgrundlage für die Speicherung der Daten gibt. Davon scheint der Landesbeauftragte für den Datenschutz im Lauf der Jahre abgerückt zu sein. Er beanstandet es nicht mehr, dass Daten völlig ungescholtener Bürger zwölf Stunden gespeichert bleiben.

In der GdP wurden zwei gegensätzliche Konsequenzen heftig diskutiert. Auf der einen Seite wurde angeraten, die Videogeräte nur noch im Ausnahmefall einzuschalten, in der Regel also die Technik auszulassen. Andere argumentierten, die rein theoretische Möglichkeit, dass Vorgesetzte gegen den Willen der PolizistInnen eine Auswertung der Aufnahmen vornehmen könnten, solle „um Himmels Willen“ nicht dazu führen, dass dieses wichtige Instrument zur Verbesserung der Eigensicherung ungenutzt bleibe.

KURZ & KNACKIG

■ DBB für Streik

DPolG-Funktionäre im Erklärungszwang: „Über Jahrzehnte haben sie die GdP-Debatte zum Streikrecht der Beamten als Teufelszeug verurteilt. Jetzt greift DBB-Chef Peter Heesen genau die GdP-Position auf und stellt das Streikverbot für die Staatsdiener in Frage.“ Die „Welt“ zitiert Heesen in einem Artikel am 9. 1. 2006: „Wenn der Staat seinen Verfassungspflichten nicht mehr nachkommt, dann stellt sich auch die Frage, wie lange dieses Arbeitskämpfverbot noch trägt.“

■ Legionellen

Aufgewärmt hat die Presse ältere Berichte über Trinkwasseranalysen in Polizeigebäuden. 2002 und 2003 waren bei Untersuchungen in Koblenz, Mainz und Wittlich bedenkliche Konzentrationen von Bakterien gefunden worden. Die LBB hat Vorsorge getroffen und bekämpft Keime per Erhitzung bzw. mit UV-Strahlen. Aktuell gibt es in keiner Dienststelle Probleme mit Wasserverkeimung.

■ Mainzer PI 3 wird umgebaut

Container ade. In Mainz haben die Umbauarbeiten der PI 3 begonnen. Weitere 260 m² Gebäudelfläche werden bis Herbst 2006 entstehen. Damit gibt es zusätzliche Büroräume für Bezirksdienst und Jugendsachbearbeiter, die über Jahre in provisorischen Bürocontainern arbeiten mussten. Zusammen mit barrierefreier Gestaltung und verbesserten Besucherbereichen kostet der Umbau rund eine Million Euro.

So vielfältig, wie die Meinung in der GdP ist, ist sie wohl auch auf den Dienststellen. Jede Streifenwagenbesatzung muss im Ergebnis die Argumente selbst abwägen und ihre Schlüsse daraus ziehen. Meinungsäußerungen zu dem Thema sind ausdrücklich erbeten. **ES**

WEITERBILDUNG

Gemeinsame Zielvereinbarung



Margarethe Relet, Stellvertreterin der Vorsitzenden Hauptpersonalrat Polizei

Am 16. 12. 2005 unterzeichneten die Landesregierung und die Gewerkschaften DGB, GdP, ver.di und GWE eine Zielvereinbarung, in der tragfähige und allgemeinverbindliche Rahmenbedingungen für die Fort- und Wei-

terbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung festgeschrieben sind.

Seit Jahren fordert die GdP eine verbindliche Festlegung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Gerade der Tarifbereich war bisher von vielen Fortbildungsmaßnahmen aufgrund der polizeispezifischen Angebote außen vor. Die Anforderungen an die Qualität der Arbeit in der Landesverwaltung werden ständig durch vielfältige Einflüsse geprägt und unterliegen einem kontinuierlichen Wandlungsprozess. Neue und zunehmend komplexere Aufgaben müssen in immer kürzeren Zeitintervallen bewältigt werden.

Einmal erworbenes Wissen reicht nicht mehr für ein ganzes Arbeits- und Berufsleben aus.

Fort- und Weiterbildung sollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Möglichkeit eröffnen,

sich auf veränderte Arbeitsinhalte und -strukturen einzustellen, ihre Arbeitszufriedenheit, die fachliche Qualifikation und die Zusammenarbeit im Arbeitsumfeld zu verbessern. Als fachübergreifende Fort- und Weiterbildung sind z. B. Teamarbeit, Kommunikations-, Reflexions- und Konfliktfähigkeit, Verantwortungs- und Entscheidungsbereitschaft und Flexibilität zu vermitteln. Aber auch Inhalte wie Arbeits- und Zeitmanagement, Projektmanagement, Gesprächsführung, Präsentation und Moderation, Gesundheitsmanagement, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind anzubieten. Für Führungskräfte soll es Fort- und Weiterbildungsverpflichtungen geben, die ihre Sozialkompetenz stärken und sie in ihrer Führungsaufgabe unterstützen. Bei der Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildung sind die Beschlüsse der Landesregie-

rung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Audit) und zum Gender Mainstreaming anzuwenden.

Die Rahmenbedingungen der Zielvereinbarung sind festgeschrieben, allgemeine Regelungen sollen behördenintern unter Beteiligung der Personalräte, der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretungen erarbeitet werden. Das zuständige Ministerium erstellt alle zwei Jahre einen Bericht über die Umsetzung der Zielvereinbarung.

Die Zielvereinbarung ist eine verbindliche Vereinbarung, die zwar keinen Rechtsanspruch auf eine Fort- und Weiterbildung für Einzelne auslöst, aber für die Unterzeichner Rechte und Pflichten aufweist. Die GdP wird mit dem DGB den Prozess begleiten und wenn nötig, die Vereinbarung weiterentwickeln.

Margarethe Relet

TREFFEN EINSTELLUNGSJAHRGANG '55

Sie haben Polizeigeschichte geschrieben!

Festakt zum 50-jährigen Jubiläum der 1. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei Schifferstadt.

„Seit eineinhalb Jahren haben wir diese Feier vorbereitet und uns lange darauf gefreut“, erklärte Werner Schumacher, ehemaliger Leiter der Polizeiinspektion Schifferstadt, anlässlich der Eröffnung des Festaktes zum 50-jährigen Jubiläum der 1955 eingestellten Bereitschaftspolizisten. Zum Jubiläumstreffen, das musikalisch vom Flötentrio des Musikvereins 1974, Carina Baumann-Laufer, Birgit Gieringer und Esther König, mit Werken von Dvorák, Mozart und anderen Komponisten umrahmt wurde, hatten sich 60 Ehemalige im Obergeschoss des Alten Rathauses eingefunden. Werner Schumacher dankte seinen „Mitstreitern“ Manfred Ronge und Anton

Schon, die mit ihm gemeinsam für die Organisation der Feierlichkeiten verantwortlich zeichneten. 1. Beigeordneter Karl Spindler gratulierte den Veteranen zum „Goldenen Jubiläum“. „Wir sind ausnahmslos froh, dass sich das Innenministerium 1951 für den Ausbildungsstandort Schifferstadt entschieden hat“, betonte Spindler und verwies auf Einsätze der Bereitschaftspolizisten vor Ort, wie beispielsweise den „Einsatz“ am Rehbach im Jahr 1956 oder beim Großbrand der Firma Ringwald 1971. Unter dem Motto „Damals und heute“ stand die Festschleife des Präsidenten des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz, Wolfgang Fromm, der auch die Grüße des Ministers des Inneren, Karl-Peter Bruch, sowie des Staatssekretärs Hendrik Hering überbrachte. „Die Zeit hat sich gewandelt“, konstatierte Fromm,

unter anderem auf Veränderungen in Dienstbezeichnungen, Besoldung und Art und Weise der Ausbildung der Polizisten verweisend. „War ihre Ausbildung noch militärisch orientiert, so haben Sie doch das Miteinander gepflegt und gemeinsame Ziele vereinbart“, wandte er sich an die Jubilare. „Kameradschaft in ein Wort, das in ihren Reihen groß geschrieben wird. Ihnen gebührt höchster Respekt vor ihren Lebensleistungen! Sie haben Polizeigeschichte geschrieben, Sie haben die Polizei aufgebaut in wahrlich schweren Zeiten und Sie haben die Polizei geprägt!“ „Sie können stolz sein auf die Kameradschaft, auf den Geist, der in ihrer Gruppe herrscht“, betonte auch der katholische Polizeiseelsorger beim bischöflichen Ordinariat in Speyer, Hartmut von Ehr, in seinem Grußwort.

Hans-Günter Schmidt aus Neustadt gab einen Rückblick über die zahlreichen, bisherigen Treffen der 1. Hundertschaft in verschiedenen rheinland-pfälzischen Städten.

Walter Grothe

Anzeige

Urlaubsreif?
Günstiger verreisen mit
PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH
01801 PSW Reisen*
oder
0 61 31 – 9 60 09 23
*zum Ortstarif

NPD-Provokation – Polizei souverän

„Die Polizei hatte die Herausforderung angenommen und das Geschehen rund um das Rathaus-Center in den Morgenstunden des Heiligen Abends jederzeit fest im Griff“, schreibt der „Mannheimer Morgen“ in einem Bericht über eine demonstrative Aktion der NPD in Ludwigshafen.

In der Tat hatten die rund 200 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen des PP Rheinpfalz in souveräner Weise die bei der Stadt Ludwigshafen angemeldete NPD-Demo und eine Gegendemonstration aus dem linken Spektrum im Griff. Zur Bilanz gehörten sieben Gewahrsamnahmen, Sicherstellungen und Verfahren wegen Verstoßes gegen Versammlungs- und Waffenrecht gegen Teilnehmer der Gegendemonstration. Bereits im November hatte die Ludwigshafener Polizei durch konsequentes Einschreiten Störer aus dem rechten Spektrum daran gehindert, eine Aktion gegen einen Jugendtreff durchzuführen.

Dazu Kreisgruppenvorsitzender Hans Peter Michel:

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die auch diesen Einsatz wieder professionell über die Bühne gebracht haben, bedanken. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die, obwohl sie frei hatten, dem Aufruf der GdP gefolgt sind und Flagge zeigten. Unser Landesvorsitzender Ernst Scharbach



Vertreter der GdP verteilen Flugblätter in der Fußgängerzone von Ludwigshafen.

war aus Mainz angereist und verteilte mit uns Flugblätter. Beim Verteilen der Flugblätter haben wir viele solidarische Bekundungen für die Polizei erhalten. Ein Taxifahrer hielt an und bat um Flugblätter, die er seinen Fahrgästen geben wollte. Ein Ehepaar fragte, wer denn so was genehmige. Als ich sagte, dass eine Versammlung lediglich beim Ordnungsamt angemeldet werden müsse und gleich hinzufügte, dass wohl kein Ordnungsamt im

Lande ein Verbot ausgesprochen hätte, weil dies nur in ganz engen Grenzen möglich sei, erklärten sie, trotzdem die Oberbürgermeisterin anschreiben zu wollen. Das wäre doch ein Unding, die Polizei so zu verheizen. Eine Mutter bat, doch mal mit ihrem 14-jährigen Sohn zu sprechen, weil dieser mit der NPD sympathisiere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt unmissverständlich klar gemacht: Die Polizei nimmt

die ihr im Rechtsstaat zugewiesene Aufgabe konsequent und in der gebotenen souveränen Sachlichkeit wahr; Auch an Heiligabend und auch wenn man versucht, uns zu provozieren. Es wird nicht gelingen, die Polizei zum Beteiligten politischer Auseinandersetzungen zu machen. Und die Gewerkschaft der Polizei wird es sich nicht nehmen lassen, klar und deutlich Position für unseren Rechtsstaat zu beziehen.

BB

KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT DER POLIZEI

Probelauf Tempus abgebrochen

Der Probelauf **TEMPUS** in Wittlich, Alzey und der LKA wurde wegen technischer Probleme abgebrochen. Die weitere Vorgehensweise ist noch unklar.

Die „Elefantenrunde“ für die Versetzungen wurde auf den 8. Februar verschoben.

Nach langen und zähen Verhandlungen haben sich Ministerium und HPRP auf den Abschluss einer **Dienstvereinbarung zu OpCo** geeinigt. Einigkeit bestand bei der Frage, dass man vereinbarte oder vorgegebene

Ziele auf ihre Erfüllung prüfen können muss. Dem strittigen Punkt, wie man dabei eine individuelle Leistungskontrolle vermeiden kann, wurde durch das Ministerium durch zwei Festlegungen Rechnung getragen: Es zählt die Leistung der Organisationseinheit und durch eine Errichtungsanordnung wird der Zweck der Datensammlung konkret auf die Prüfung der Zielerreichung beschränkt. Zitat: „Eine Nutzung zu Zwecken der Verhaltens- oder Leistungskontrolle ist

unzulässig (§ 31 LDSG).“ Die Einberufung der Einigungsstelle konnte mit dem Abschluss der Vereinbarung vermieden werden.

Der Neuentwurf der **Richtlinie** über die polizeiliche Aufnahme von **Verkehrsunfällen** wurde vertagt. Es wurden Anregungen u. a. zur Tierkörperbeseitigung und zum Havariekommissar eingebracht.

**Dieter Kronauer (Arbeiter),
Margarethe Relet (Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)**

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31 – 9 60 09 31

Sparen mit dem Opel Zafira



1.6 CNG-Erdgas, 71 kW / 97 PS (MT-5)
 Kraftstoffverbrauch, kombiniert (l/100 km) : 5,3kgH – Gas (8,2 m3) *CO2 - Emission, kombiniert (g/km) : 145* Der 1.6 CNG ECOTECH® - Erdgas-Motor bietet Fahrleistung ohne Einbußen, niedrige Emissionen und einen geringen Verbrauch – mit seinem optimierten monovalent Plus Motorenkonzept. Mit 71 kW / 97 PS erzielt er eine Höchstgeschwindigkeit von 170 km / h und eine Reichweite von bis zu 385 km mit einer Erdgasfüllung, bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 5,3 kg H – Gas auf 100 km. Inklusiv der Benzinreserve sind es sogar bis zu 540 km.

Super Konditionen beim

Telefon: 06131 - 96009-31
 Internet: www.psw-rp.de
 E-Mail: psw-rp@gdp-online.de



Schwierige Herausforderungen für 2006

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kreisgruppe Neuwied-Altenkirchen, bestätigte in ihrer jüngsten Versammlung in Dierdorf den Geschäftsführenden Vorstand im Amt. Der frisch wiedergewählte Vorsitzende Bernd Becker wies in seinem Ausblick darauf hin, dass in 2006 die Stärke der GdP dringend gebraucht wird.

Mit Gerd Degenkolb, PI Neuwied, wurde in den erweiterten Vorstand erstmals wieder ein Seniorenbeisitzer gewählt und mit Larissa Niemann, ebenfalls Neuwied, der Frauenanteil auf jetzt 5 von 20 Vorstandsmitgliedern ausgebaut. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden Ralf Klimek (Straßenhaus) und

Hans-Albert Wagner (Wissen). Nach seinem Bericht über die Aktivitäten der Kreisgruppe und der Behandlung aktueller Themen mit Beiträgen der Kollegin Margarethe Relet vom HPRP-Vorstand und des Kollegen Burkhard Kaiser, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, bot Becker einen Ausblick auf das Jahr 2006: „Auf uns als die stärkste der Polizeigewerkschaften kommen schwierige Herausforderungen zu“, leitete er ein und beschrieb, dass durch die Entscheidung der großen Koalition in Berlin Beamtenrecht, Besoldungs- und Versorgungsrecht komplett auf die Länder zu übertragen, eine große Verhandlungslast auf die Schultern der GdP im Land gelegt

werde. Allerdings habe die GdP die ersten verhängnisvollen Anzeichen im „DBB-ver.di-Eckpunkt Papier“ und der Föderalismuskommission erkannt und die Zeit genutzt, um sich auf die drohende Kleinstaaterei einzustellen. Im Bereich der Tarifbeschäftigten gebe es – so berichtete Kollegin Relet – möglicherweise einen gegenläufigen Trend. Dort werde sich die GdP wohl einer Verhandlungskommission mehrerer Länder gegenüber sehen. Zumindest habe Ministerpräsident Kurt Beck deutlich gemacht, dass er am Fortbestand der Tarifgemeinschaft der Länder interessiert sei.

Neben zahlreichen Ehrungen für 25-jährige Mitgliedschaft

erhielten zwei ehemals sehr aktive Gewerkschafter hochprozentigen Dank für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft. In seiner Laudatio ließ Becker kurz die Zeit vor der Neuorganisation aufleben, in der Hubert Schwan als Vorsitzender der sehr lebendigen KG Altenkirchen wirkte. „Eine Zeit, in der in der Presse auch schon einmal recht rustikale Zitate des GdP-Vorsitzenden zu lesen waren“, meinte Becker schmunzelnd. Auch an den zweiten 40er Jubilär Willi Krämer richtete der heutige KG-Vorsitzende Worte des Dankes. „Willi, an deinen Lippen haben wir als junge Schutzleute geklebt, wenn du deine Erfahrungen weitergegeben hast“.

BB

Wahl der Delegierten

Am 8. Dezember 2005 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Wittlich-

GdP 2006. Erfreulicherweise konnte auch wieder ein neuer Vertrauensmann aus dem Zugführerbereich gewonnen werden. Kollege Jörg Kronauer übernahm dieses Ehrenamt für die 21. Einsatzhundertschaft in Wittlich-Wengerohr. Abgerundet wurde der Nachmittag durch interessante Informationen des stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP, Koll. Helmut Knerr, über die in Teilbereichen angelegte Diskussionen erwachsen. Als krönender Abschluss erfolgte die Ehrung mehrerer langjähriger Mitglieder der GdP in der hiesigen Kreisgruppe.

Achim Oehling



V. l. n. r.: Helmut Knerr, Andreas Herbert, Axel Krämer, Jürgen Teusch

Wengerohr der Bereitschaftspolizei am Standort der 2. BPA statt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Koll. Axel Krämer, schlugen die Jahresberichte zu Buche. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wählte das Gremium seine Delegierten für den Landesdelegiertentag der

Scharbach geehrt

Bei der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP/PD Mainz am 28. 11. 2005 konnte der Vorsitzende Michael Schweikhard in seinem Bericht auf ein recht aktives Jahr zurückblicken. Es wurde erinnert an viele Aktivitäten, die entweder selbst organisiert wurden oder an denen man sich beteiligte. So waren Demos, Warnstreik, Kundgebung und auch eher sozial orientierte Veranstaltungen Gegenstand des Berichtes. Neben den Wahlen der

Delegierten für den Landesdelegiertentag 2006 stand auch ein Bericht unseres Landesvorsitzenden Ernst Scharbach auf der Tagesordnung, der uns quer durch den „Gemüsegarten“ der Landespolitik führte.

Unter den zu ehrenden Mitgliedern reihte sich auch Ernst Scharbach ein, dem Kollege Schweikhard für 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit gratulieren konnte.

Michael Schweikhard

WIR TRAUERN UM

Gisela Morio, Südpfalz, 53 Jahre
 Karin Schneider, Ehefrau v. Kollege Thomas Schneider, KG Südpfalz,
 Werner Pfeiffer, KG PD Pirmasens, 60 Jahre
 Fritz Hussung, KG PD Kaiserslautern, 78 Jahre
 Alfred Holscherer, KG PD Neustadt, 87 Jahre
 Robert Sattler, KG PP/PD Koblenz, 52 Jahre
 Wilhelm Mösicke, KG PD Wittlich, 97 Jahre
 Willi Nuth, KG PD Trier, 83 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.